Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
6. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 11.12.2014
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Kerstin Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Michael Krause
Herr Gökcen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Herr Silvester Runde
Frau Lana Schnack
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna

Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Julia Freundl
Herr Christian Frieling
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten
Herr Karsten Diederichs-Späh
Frau Ursula Müller

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Wahl eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes der Verbandsversammlung der Sparkasse UnnaKamen	157/2014

3	Entlastung des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2013	167/2014
4	Neufassung der Abwassersatzung der Stadt Kamen	137/2014
5	Neufassung der Satzung der Stadt Kamen über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)	136/2014
6	Zehnte Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen	118/2014
7	Zweite Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung)	120/2014
8	Zehnte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung)	124/2014
9	Zwölfte Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	125/2014
10	Zweiundzwanzigste Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen	126/2014
11	Zwanzigste Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen	132/2014
12	Siebte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) -Standgeldsatzung-	141/2014
13	Gebührensatzberechnung für Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste (Kirmessen) des Jahres 2015	148/2014
14	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015	155/2014
15	Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten	158/2014
16	Haushaltssatzung für das Jahr 2015	150/2014
17	Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand bei der Buchungsstelle 31.03.02.533800 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz -	166/2014
18	Bebauungsplan Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße" hier: Satzungsbeschluss	145/2014
19	2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04 Ka-Me "Mozartstraße" hier: Satzungsbeschluss	144/2014
20	Bestätigung des Gesamtabschlusses 2013	168/2014
21	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2015 und die Finanzplanung für die Jahre 2014 – 2018	117/2014

22	Straßenbeleuchtungsvertrag hier: Abschluss eines neuen Vertrages mit den GSW ab dem 01.01.2015	149/2014
23	Änderung Gesellschaftsvertrag Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	156/2014
24	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.
157/2014 Wahl eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes der Verbandsversammlung der Sparkasse UnnaKamen

Beschluss:

Der Rat wählt für die Dauer seiner Wahlzeit nachstehende Mitglieder in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse UnnaKamen:

ordentliche Mitglieder	stellvertretende Mitglieder
Annette Mann	Peter Holtmann

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
167/2014 Entlastung des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2013

Die nachstehenden Mitglieder des Rates haben gem. § 31 Gemeindeordnung NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen:

Karsten Diederichs-Späh, Britta Dreher, Joachim Eckardt, Rainer Fuhrmann, Klaus Dieter Grosch, Petra Hartig, Hans-Dieter Heidenreich, Kerstin Heidler, Stefan Helmken, Gunther Heuchel, Peter Holtmann, Klaus Kasperidus, Christiane Klanke, Michael Krause, Gökcen Kuru, Friedhelm Lipinski, Susanne Middendorf, Adrian Mork, Theodor Wältermann, Bettina Werning und Dietmar Wünnemann.

Beschluss:

Dem Betriebsausschuss wird gem. § 4 Buchstabe c der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
137/2014 Neufassung der Abwassersatzung der Stadt Kamen

Herr **Krause** verwies auf die Ausführungen im Betriebsausschuss und teilte mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der Abwassersatzung der Stadt Kamen (bisherige Bezeichnung: Entwässerungssatzung der Stadt Kamen).

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
136/2014 Neufassung der Satzung der Stadt Kamen über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Neufassung der Satzung der Stadt Kamen über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinklärgruben, abflusslose Gruben)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
118/2014 Zehnte Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen

Herr **Holtmann** hielt die Beschlussvorlage für aussagekräftig und gut erläutert. Er teilte mit, dass die SPD-Fraktion den Tagesordnungspunkten 6 - 13 zustimmen werde.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Zehnte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung/Abwassersatzung der Stadt Kamen“ und die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
120/2014 Zweite Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung)

Frau **Scharrenbach** regte an, künftig eine Wettbürosteuer einzuführen. Sie hielt es aus ordnungspolitischen Gründen für sinnvoll.

Beschluss:

Die zweite Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
124/2014 Zehnte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung)

Frau **Scharrenbach** teilte mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Sie hielt den kalkulatorischen Zinssatz mit 7% für nicht rechtsfähig. Laut einem OVG-Urteil müsse der Zinssatz auf 6,67 % begrenzt werden. Auch sei die Gebührenkalkulation nicht transparent. Sie kritisierte, dass die Gebühren in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen seien.

Der **Bürgermeister** verwies auf die Debatte im Haupt- und Finanzausschusssitzung und teilte mit, dass die Verwaltung trotz intensiver Recherche das OVG-Urteil nicht gefunden habe.

Herr **Mösgen** ergänzte, dass die Differenz beim kalkulatorischen Zins für den Haushalt nicht relevant sei. Eine grundsätzlich gerichtliche Entscheidung über den kalkulatorischen Zinssatz gäbe es nicht. Das Urteil sei anscheinend eine Einzelfallentscheidung gewesen.

Frau **Scharrenbach** erwiderte, dass die CDU-Fraktion von der Verwaltung nicht ausreichend informiert worden sei.

Herr **Mösgen** erläuterte die Unterschiede der Gebührenkalkulationen im Bereich der Stadtentwässerung und der Abfallwirtschaft bzw. Friedhofswesen.

Die Frage von Herrn **Lipinski**, ob die Gebührenkalkulation rechtsfähig sei, bejahte Herr **Mösgen**.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen“ und die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 9.
125/2014 Zwölfte Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

Beschluss:

Die als Anlage vorgelegte "Zwölfte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen" und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
126/2014 Zweiundzwanzigste Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage vorgelegte „Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenkalkulation.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 11.
132/2014 Zwanzigste Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen

Beschluss:

Die als Anlage vorgelegte "Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen, der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.
141/2014 Siebte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) -Standgeldsatzung-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die als Anlage vorgelegte „Siebte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) - Standgeldsatzung - “.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.
148/2014 Gebührensatzberechnung für Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste (Kirmessen) des Jahres 2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen).Die bestehenden Gebührensätze gelten auch für das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
155/2014 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015

Der **Bürgermeister** referierte anhand eines Schaubildes *(als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt)* zum neuen Dezernatsverteilungsplan, der ab dem 01.04.2015 in Kraft trete. Änderungen ergeben sich aufgrund der vakanten Stelle des Beigeordneten Herrn Brüggemann ab 31.03.2015.
Die Ausschreibung der vakanten Stelle werde dem Rat im TOP 15 vorgeschlagen. Gewählt werden soll der Beigeordnete dann in der Ratssitzung am 12.03.2015.

Für die SPD-Fraktion nahm Frau **Mann** Stellung zum Stellenplan und begründete die Zustimmung.
(siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift)

Herr **Eisenhardt** bewertete für die CDU-Fraktion den vorgelegten Stellenplan und legte die Gründe für die Zustimmung dar.
(siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte Herr **Helmken** die Zustimmung zum Stellenplan.
(siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift)

Für die Fraktion Die Linke/GAL nannte Herr **Heuchel** die Gründe zur Enthaltung zum Stellenplan.
(siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift)

Herr **Stalz** teilte für die FW/FDP-Fraktion mit, dass sie sich der Stimme enthalten werden.
(siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift)

Der **Bürgermeister** merkte an, dass die Verwaltung schon seit 10 Jahren eine Beigeordnetenstelle eingespart habe und auch die Einsparung einer Fachdezernentenstelle möglich sei. Auch seien langfristig weitere Anstrengungen zur Frauenförderung geplant.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

   Die Regelungen im Haushaltssicherungskonzept sind grundsätzlich zu beachten.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 15.
158/2014 Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten

Frau **Scharrenbach** sprach sich gegen die Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten aus, da mit der gleichen Struktur weitergearbeitet werden könne. Laut Haushaltsicherungskonzept soll jede dritte freiwerdende Stelle eingespart werden, dies könne nicht nur im unteren und mittleren Personalbereich umgesetzt werden, sondern auch in der Verwaltungsführung.

Herr **Krause** begrüßte die Ausschreibung der Beigeordnetenstelle. Es habe bereits in den vergangenen Jahren Einsparungen auf allen Verwaltungsebenen gegeben.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass die FW/FDP-Fraktion der Ausschreibung nicht zustimmen werde. Die Struktur solle mindestens für einen Zeitraum von einem Jahr beibehalten werden.

Herr **Grosch** wünschte, dass der Dezernatsverteilungsplan vorher bekannt gewesen sei. Daher werde die Fraktion die Linke/GAL sich der Stimme enthalten.

Herr **Eisenhardt** merkte an, dass in der Ausschreibung der Zusatz zur „Frauenförderung“ fehle.

Der **Bürgermeister** erwiderte, dass dieser ergänzt werde, wenn der Zusatz in der Ausschreibung notwendig sei.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Stelle einer/eines Beigeordneten gem. § 71 Abs. 2 GO NRW auszuschreiben; die Besetzung soll zum 01.04.2015 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 11 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 16.
150/2014 Haushaltssatzung für das Jahr 2015

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass im Ältestenrat beschlossen worden sei, die Redezeit zum Haushalt auf 10 Minuten zu verlängern.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr **Krause** in seiner Stellungnahme die Zustimmung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 7 der Niederschrift)

Frau **Scharrenbach** begründete für die CDU-Fraktion die Ablehnung des Haushaltes.
Der Haushalt zeige wenig Perspektive und lasse wenig strategische Linien erkennen. Sie merkte kritisch an, dass die Einwohnerzahl in Kamen künftig weiter sinken werde. Ein Grund dafür sei die Infrastruktur. Die Entwicklung der Stadt müsse vorangetrieben werden, wie z.B. in der Wirtschaftsförderung. Die Stadt Kamen solle nicht nur als Wohnstandort genutzt werden. Deshalb sprach sie sich gegen die Wohnbebauung im Hemsack aus. Hier müssten für Gewerbe die Flächen erhalten bleiben.
Frau Scharrenbach erinnerte an die Haupt- und Finanzausschusssitzung im November, in der der Kreiskämmerer von einer jahrzehntelangen, politischen Fehlsteuerung im Kreis Unna gesprochen habe. Sie appellierte an den Wirtschaftsförderer, dass der Fokus auf die Wirtschaft und Wirtschaftsförderung gelegt werden soll.
Sie regte an, die Volkshochschulen Kamen und Bönen am Standort Käthe-Kollwitz-Schule zusammenzuziehen. Sie bedauerte die Zustimmung ihrer Fraktion bei der Gebührenerhöhung der VHS.
Sie bemängelte, dass die Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe in Bezug auf eine Notfallpraxis im Stadtgebiet nicht erfolgreich gewesen seien.
Auch kritisierte sie die Position „Parallelmaßnahme“ in Höhe von 50.000 € im Haushalt.
Zum Ende ihrer Rede bedankte sie sich bei Herrn Brüggemann für die jahrelange Zusammenarbeit.

Frau **Dörlemann** begründete für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 8 der Niederschrift)

Für die Fraktion die Linke/GAL nahm Herr **Grosch** Stellung zur Ablehnung des Haushaltes.
(siehe Redebeitrag – Anlage 9 der Niederschrift)

Für die FW/FDP-Fraktion begründete Frau **Schaumann** die Ablehnung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 10 der Niederschrift)

Nach den Statements zum Haushalt wurde die Sitzung von 17:05 Uhr bis 17:25 Uhr unterbrochen.

Zur weiteren Verfahrensweise erläuterte der **Bürgermeister**, dass zunächst über die eingereichten Anträge diskutiert und abgestimmt werde. Danach solle gemeinsam über den Beschlussvorschlag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltssicherungskonzept abgestimmt werden. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2014
Thema: Schulsozialarbeit

Herr **Heidler** erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Die Schulsozialarbeit sei wichtig und müsse fortgesetzt werden. Er appellierte für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit, um die Finanzierung auch über den beantragten Zeitraum hinaus sicherzustellen. Den Schulsozialarbeitern müsse eine dauerhafte Perspektive gegeben werden.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass die FW/FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da die Bedeutung der Schulsozialarbeit anerkannt werde. Allerdings wünschte sie konkretere Aussagen zur Finanzierung.

Frau **Scharrenbach** begründete die Zustimmung zum Antrag. Dies sei auch ein Signal an die anderen kreisangehörigen Städte, einen Eigenanteil zu erbringen.

Herr **Grosch** erläuterte, dass die Linke/GAL-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Die Anzahl an Schulsozialarbeitern an den Schulen werde immer geringer, 1988 habe es noch 3 Stellen an der Hermann-Ehlers-Gesamtschule gegeben. Heute werde eine Stelle durch den Verzicht einer Lehrerstelle finanziert und eine Stelle durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Daher sei es sinnvoll, die zweite Stelle beizubehalten und die Finanzierung dauerhaft zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, an der Schulsozialarbeit – zunächst – bis zum 31. Dezember 2017 festzuhalten und die Stellenanteile zu finanzieren. Die anteilige kommunale Finanzierung von etwa 30 Prozent ist für das Jahr 2015 durch den Kreishaushalt gesichert. Für den Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2017 sollen die zusätzlichen Mittel durch erwartete Einsparungen im Bereich der Jugendhilfekosten gedeckt werden. Die Arbeitsverträge werden seitens der Stadtverwaltung entsprechend gestaltet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der FW/FDP-Fraktion vom 04.12.2014
Thema: Interkommunale Zusammenarbeit

Herr **Stalz** erläuterte den Antrag der FW/FDP-Fraktion. Interkommunale Zusammenarbeit soll zur Entlastung des Haushaltes beitragen. Es seien Möglichkeiten angeführt, wie z.B. im IT-Bereich, die zu Einsparungen führen könnten. Er zitierte aus dem Memorandum der Kreiskämmerer, die eine Interkommunale Zusammenarbeit unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet hätten.

Herr **Tost** informierte, dass die Verwaltung, insbesondere in der Datenverarbeitung, schon seit Jahren mit anderen Städten umfassend interkommunal zusammenarbeite. Es bestehe hier sogar eine Arbeitsgruppe. 2011/2012 hätten Gespräche mit externen Netzanbietern stattgefunden, mit

dem Ergebnis, dass bei einem zentralen Standort für die Datenverarbeitung auf die Stadt Kamen enorme Kosten zukommen würden, da zunächst genügend Leitungswege geschaffen werden müssten.
Im Stellenplan seien 9 Stellen für die Datenverarbeitung ausgewiesen. Diese Mitarbeiter würden ausschließlich die Mitarbeiter im Haus betreuen, demnach bestehe hier eine sehr kurze Reaktionszeit.
Im Bereich der Hardware sei eine Einkaufsgemeinschaft mit dem Rechenzentrum in Münster gebildet worden. Bei der Software setze die Verwaltung zur Zeit 220 Verfahren ein und dies an 27 Standorten. Auch die Telefonanlage werde von der Datenverarbeitung betreut.
Er berichtete, dass bei einem kommunalen Nachbarn bei Ausfall der Hardware Reaktionszeiten von 4 - 5 Stunden vorlägen. In Kamen würden die Reaktionszeiten bei 30 Minuten liegen.
Eine Einsparung bei der Rechnungsprüfung sei unter der Maßnahme 77 im Haushaltsicherungskonzept veranschlagt. Das Rechnungsprüfungsamt prüfe den Gesamtabschluss selbst und spare somit 35.000 €. Auch werde der VHS-Zweckverband vom Rechnungsprüfungsamt geprüft, dies müsse somit nicht mehr extern vergeben werden.
Herr Tost machte deutlich, dass interkommunale Zusammenarbeit gelebt und umgesetzt werde.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt mit dem Landrat des Kreises und den Bürgermeistern der Städte Bergkamen und Unna Gespräche zu führen und Folgeschritte einzuleiten mit der Zielrichtung, künftig in den Bereichen Informationstechnologie, Datenverarbeitung und Rechnungsprüfung an einem optimalen Standort zusammenzuarbeiten, um ohne Qualitätsverluste Kosten für alle Beteiligten zu minimieren.

Abstimmungsergebnis: bei 30 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2014
Thema: Reparatur von Straßen und Gehwegen

Frau **Scharrenbach** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion. Er beinhalte ein Aktionsprogramm zur Sanierung von Gehwegen. Sie sei offen für weitere Vorschläge in der Gestaltung des Programmes.

Herr **Brüggemann** merkte an, dass die Formulierung „Sanierung“ eine KAG-Pflicht auslöse und der Finanzierungsvorschlag erst im Betriebsausschuss beraten und beschlossen werden müsse.

Herr **Krause** teilte mit, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich bereit wäre, den Antrag positiv zu begleiten. Um allerdings die KAG-Pflicht zu vermeiden, müsse es sich anstatt einer Sanierung um eine Reparatur der Gehwege handeln. So könnten Anliegerkosten vermieden werden. Das Aktionsprogramm sollte bedarfsorientiert nach Bürgerhinweisen erarbeitet und die Reparatur von Gehweg und Straße aus einem Guss priorisiert werden. Der Überschuss aus Mitteln der SEK müsse im Betriebsausschuss beschlossen werden. Daher schlug Herr Krause vor, den Beschlussvorschlag abzuändern.

Die CDU-Fraktion stimme der Änderung des Beschlussvorschlages zu, so Frau **Scharrenbach**. Sie wünschte sich bei der Priorisierung der Gehwege und Straßen auch eine Beteiligung des Fachausschusses und bot der SPD-Fraktion an, einen gemeinsamen Antrag zu verfassen.

Herr **Stalz** schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause an. Der Antrag müsse priorisiert werden. Er fragte, ob es Fördergelder für die Reparatur gebe.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass es sich dann um eine investive Maßnahme handeln würde. Dies sei aus der NKF-Systematik nicht ableitbar.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt ein Programm zur Reparatur von Straßen und Gehwegen, soweit technisch möglich, "aus einem Guss" in DSK-Verfahren aufzulegen und zu priorisieren.
In diese Priorisierung sind Bürgerhinweise einzuarbeiten.
Die zur programmtechnischen Aufnahme der Gehwege zusätzlich erforderlichen Mittel sollen jahresbezogen unter Begleitung des Betriebsausschusses aus Überschüssen der SEK, so vorhanden, zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der FW/FDP-Fraktion vom 10.12.2014
Thema: Streichung der Position 54.01.01 aus dem Haushalt

Frau **Schaumann** verwies auf ihre Ausführungen in der Haushaltsrede. Die Brücke sei zwar schon geplant und Fördermittel ständen bereit, allerdings stelle sich die Frage der Notwendigkeit, da die Brücke 2009 geplant worden sei.

Herr **Krause** erinnerte, dass Kamen eine fahrradfreundliche Stadt sei und dazu schlüssige Verkehrswege notwendig seien. Außerdem stehe hier die Verkehrssicherheit im Fokus, da die Westicker Straße sonst überquert werden müsste. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Heuchel** fragte nach, wo genau die Brücke gebaut werden soll.

Herr **Liedtke** antwortete, dass westlich der Körne ein Radweg entlang laufe, der die Westicker Straße kreuze. Die neue Brücke soll parallel zur alten Brücke verlaufen und an den Radweg angebunden werden. Die alte Brücke zu sanieren, wäre aufwendiger und teurer, als eine neue Brücke zu bauen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Fußgängerbrücke, Position 54.01.01 (Radwegeanbindung Westicker Straße) aus dem Haushalt zu streichen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung und 26 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

A. Die Haushaltssatzung 2015 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

B. Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2015 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 13 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 17.
166/2014 Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand bei der Buchungsstelle 31.03.02.533800
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz -

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 31.03.02.533800 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – wird ein überplanmäßiger Aufwand von 75.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 18.
145/2014 Bebauungsplan Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße"
hier: Satzungsbeschluss

Frau Schaumann nimmt gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 3 (2) BauGB in der derzeit gültigen Fassung:

1. über die im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie der Nachbargemeinden geäußerten Anregungen entsprechend der beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung;

2. den Bebauungsplan Nr. 74 Ka „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“ gem. § 10 BauGB in der derzeit gültigen Fassung als Satzung.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind in dem beiliegenden Lageplan ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 19.
144/2014 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04 Ka-Me "Mozartstraße"
hier: Satzungsbeschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung:

3. über die im Rahmen der Beteiligung der Betroffenen vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend des beigefügten Abwägungsvorschlags der Verwaltung;

4. den Bebauungsplan Nr. 04 Ka-Me 2. Änderung „Mozartstraße“ gem. § 10 BauGB in der derzeit gültigen Fassung als Satzung.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des zu ändernden Bereiches des Bebauungsplans sind aus dem vorgelegten Lageplan ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 20.
168/2014 Bestätigung des Gesamtabschlusses 2013

Beschluss:

1. Der Gesamtabschluss 2013 wird einschließlich des Gesamtlageberichtes und Beteiligungsberichtes bestätigt.

2. Der Gesamtjahresüberschuss 2013 in Höhe von 8.878.838,70 Euro wird in die Allgemeine Rücklage eingestellt.

3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2013 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 21.
117/2014 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2015 und die Finanzplanung für die Jahre 2014 – 2018

Beschluss:

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2015 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2014 – 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 22.
149/2014 Straßenbeleuchtungsvertrag
hier: Abschluss eines neuen Vertrages mit den GSW ab dem 01.01.2015

Frau **Scharrenbach** fragte nach, ob die Vorteilsberechnung in Höhe von 50.000 € mögliche Investitionskosten beinhalte, die die Stadt zu tragen habe.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass die Vorteilsberechnung Energieeinsparungen beinhalte und Investitionskosten nur in besonderen Fällen von der Stadt zu tragen seien.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorgestellten Straßenbeleuchtungsvertrag mit den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen-Bönen-Bergkamen mit Wirkung zum 01.01.2015 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 23.
156/2014 Änderung Gesellschaftsvertrag Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH

Beschluss:

Den in der Anlage dargestellten Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH wird zugestimmt; die Vertreter der Stadt Kamen in den Gremien der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH werden ermächtigt, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 24.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hermann Hupe
Bürgermeister

gez. Ingelore Peppmeier
Schriftführerin